

## **Weltwirtschaftskrise: Zeitfenster für veränderte Klassenmachtverhältnisse**

**Ekkehard Lieberam**

National und global zeichnet sich mit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Periode grundlegender ökonomischer, sozialer, ideologischer und politischer Wandlungen ab. In welche Richtung diese Wandlungen sich vollziehen werden (ob in einem reaktionären oder progressiven Sinne), ist weitgehend offen, weil abhängig von den Klassenkämpfen und ihren Resultaten. Augenscheinlich – das ist die derzeitige Grundsituation – gerät die kapitalistische Produktionsweise mit der in keiner Weise überwundenen, sondern fortschreitenden Weltwirtschaftskrise ideologisch und politisch in arge Bedrängnis. Es gibt bescheidene Ansätze einer erstarkenden Gegenwehr von unten. Aber ernsthafte gesellschaftliche Kräfte, die den Kapitalismus in die Schranken weisen oder gar - im Falle einer Ausweitung der Weltwirtschaftskrise zu einer politischen Existenzkrise des Kapitalismus und der Kapitalherrschaft - überwinden könnten, sind nicht in Sicht. Das Kapital sitzt in den meisten Regionen dieser Welt recht fest im Sattel.

Unsere Sache als Marxisten, als Vertreter einer Position des eingreifenden politischen Denkens und Handelns im Rahmen eines Konzepts progressiver Gesellschaftsveränderung ist es, intensiv über diese sehr vielschichtige Situation nachzudenken und Schlussfolgerungen für eine taugliche Handlungsorientierung linker d. h. antikapitalistischer Politik zu ziehen. Das Wort von der Weltwirtschaftskrise als Chance für antikapitalistische Linke verstehe ich so: Die sich dramatisch verändernde gesellschaftliche Lage zwingt uns dazu, Fragen der Strategie in den Mittelpunkt der linken Debatte zu stellen. Die derzeitige Entfaltung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise ist zu analysieren, um die aktuellen und längerfristigen Aufgaben und Möglichkeiten linker Politik zu bestimmen und davon ausgehend den Kampf um die Zügelung des Kapitalismus und um eine neue Gesellschaft aufzunehmen.

Es muss verhindert werden, dass die sich abzeichnende Periode grundlegender Wandlungen zu einer sozialen, politischen und zivilisatorischen Katastrophe für die abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten, überhaupt für die Menschheit wird. Unübersehbar sind Tendenzen von ganz rechts, den Kapitalismus in der Krise nach dem Muster des Nazifaschismus in der Pose von „Antikapitalisten“ zu verteidigen. Die Angriffe auf die demokratischen Rechte werden zunehmen, ebenso Planungen, auf eine akute Bedrohung der Kapitalherrschaft mit diktatorischer Gewalt zu reagieren. Die Krise der Kapitalverwertung wird auch dazu führen, die „Lösung“ der Krise in einer noch umfassenderen Hochrüstung und in neuen großen Kriegen zu suchen. Die antikapitalistische Linke wird all diese Bedrohungen nur dann abwehren können, wenn es ihr gelingt, im Zuge der Abwehrkämpfe die Klassenmachtverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern.

Wir müssen uns um eine genaue Analyse der Krisenpotenziale als wichtigen Aspekt einer Prognose dieser Krise bemühen. Erforderlich ist eine realistische Analyse des politischen Zustandes der arbeitenden Klassen wie auch der Entwicklung des strukturellen Klassengegensatzes von Kapital und Arbeit. Hilfreich aus der Sicht der anstehenden Aufgaben wird es sein, die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse mit ähnlichen Großkrisen des Kapitalismus zu beachten. In einer bei spotless erschienenen Publikation<sup>1</sup> habe ich diesen geschichtlichen Erfahrungen mit den zwei großen Weltwirtschaftskrisen 1873 ff. und 1929 ff. einen zentralen Platz eingeräumt. Es ergeben sich verblüffende Analogien, aber auch

---

<sup>1</sup> E. Lieberam, die dritte Große Depression, Berlin 2009

bemerkenswerte Unterschiede. Das wird auch aus dem von mir zusammengestellten Material deutlich.<sup>2</sup>

**Erstens geht es um den historischen Platz der neuen Großkrise und um deren voraussichtliche Entwicklung. Viel spricht dafür, dass es sich um die dritte Große Depression in der Geschichte des Kapitalismus handelt.**

Auch für Marxisten gilt die Sentenz: „Prognosen sind immer schwierig, besonders, wenn es um die Zukunft geht.“ Natürlich kann erst nach Ablauf der Krise wirklich deren historischer Platz genau bestimmt werden. Marxisten sind keine Propheten. Allerdings gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Qualität marxistischer Gesellschaftsanalyse und der Tauglichkeit daraus abgeleiteter Prognosen und Handlungsorientierungen. Lenins Imperialismusanalyse, der Ausbruch des 1. Weltkrieges und die danach folgenden Revolutionen sind dafür ein Beispiel. Zugleich gibt es Entwicklungen im politischen Überbau, aber auch hinsichtlich des konkreten Verlaufs von Weltwirtschaftskrisen, die nicht voraus gesehen werden können.

Die von mir vertretene Hypothese/Vermutung, es gehe bei der am 15. September 2008 mit dem Zusammenbruch von Lehman-Brothers in den USA offenbar werdenden Weltwirtschaftskrise um die dritte Große Depression des Kapitalismus schließt ein, dass es sich um eine lang andauernde Jahrhundertkrise des Kapitalismus handelt, in der „alle Weichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens neu gestellt werden“.<sup>3</sup> Unter den insgesamt etwa 25 Überproduktions- und Unterkonsumtionskrisen und mehr als 100 ernsthafteren Finanzkrisen in der Geschichte des Kapitalismus gibt es in größeren Abständen Krisen vom Typ Großer Depressionen. Das sind außergewöhnliche Strukturkrisen, gekennzeichnet durch ein Zusammentreffen von großen Finanzkrisen im Gefolge von zügelloser Spekulation mit besonders schweren Überproduktionskrisen. Ihre Charakterisierung als Große Depression (Great Depression) stammt von englischen Ökonomen aus der Zeit (Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts),<sup>4</sup> als die erste dieser Großkrisen nach rund 22 Jahren ihr Ende fand.

Ihre Ursachen liegen im ganz normalen Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise. Die dieser Produktionsweise immanente Tendenz im Konkurrenzkampf der Kapitalisten um höchste Profite, die Produktion schrankenlos auszudehnen, führt unweigerlich zu Überkapazitäten, zur Akkumulation von Kapital, das sich nicht mehr realisieren kann. Mit dem Streben des Kapitals, Wert und Preis der Ware Arbeitskraft abzusenken, verschlechtert sich zugleich die Massenkauftkraft. Im Zyklus von Krise-Konjunktur-Krise kommt es in der Phase des Abschwungs der Konjunktur zu einer „Zeit der Schwindelblüte“, da die Produktion „die Produktivkräfte aufs höchste an(spannt), bis hinaus über die Schranken des Produktionsprozesses.“<sup>5</sup>

Im besonderen Maße tritt eine derartige Anspannung offenbar in Erscheinung, wenn im Rahmen der „Abwärtsbewegung einer großen Welle“ ein konjunktureller Abschwung mit dem Abschwung eines über Jahrzehnte hinweg erfolgreichen Modells der Kapitalakkumulation zusammenfällt. Ein derartiges längerfristig wirkendes Modell war der sogenannte Fordismus, d. h. die Verbindung von industrieller Massenproduktion, sozialstaatlichem Klassenkompromiss, steigenden Profiten, aber auch steigenden Reallöhnen. Dieses Modell geriet seit Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts in die Krise, gekennzeichnet durch den deutlichen Fall der

<sup>2</sup> Vgl. E. Lieberam, Materialsammlung: Die Großen Depressionen. S. ...ff.

<sup>3</sup> K.-H. Roth, Globale Krise – globale Proletarisierung – Gegenperspektiven, Stand 21. 12. 2008, S. 1, [www.wildcat.de/aktuell/a68\\_khroth\\_krise](http://www.wildcat.de/aktuell/a68_khroth_krise).

<sup>4</sup> Vgl. E. S. Varga, Ausgewählte Schriften, Zweiter Band: Die Wirtschaftskrisen, Berlin 1982, S. 19

<sup>5</sup> K. Marx, Das Kapital, Zweiter Band, Berlin 1976, S. 409 und 507.

Profiträte.<sup>6</sup> Deren Verlauf wurde hochgradig durch den Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus beeinflusst. Das Kapital, „befreit“ von den Zügeln der Systemkonkurrenz, reagierte in zweierlei Weise: zum einen mit der neoliberalen Kapitaloffensive, d. h. einer Staatspolitik zur rigorosen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben; zum anderen mit dem Übergang zum „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, d. h. einer immer wilder werdenden Spekulation, die keineswegs von der Gier einzelner Banker getragen wurde, sondern „von den Großbanken und von einem nicht unbedeutendem Teil der Großindustrie, d. h. von dem Kern der kapitalistischen Klasse“.<sup>7</sup>

Mehrere Merkmale der neuen Weltwirtschaftskrise sind typisch für Große Depressionen. Die Krise begann mit einem Banken- und Börsenkrach. Industrieproduktion und Bruttoinlandprodukt ging beträchtlich zurück. An Stelle der Inflation entwickelt sich eine Deflation. Auch in Zeiten Großer Depressionen gibt es Phasen des Absturzes und der Erholung. Der Krisenverlauf ähnelt einem u mehr als einem v bzw. einem w mit nachfolgender Depression/Stagnation.

Die dritte Große Depression, das legen die historischen Erfahrungen nahe, wird nicht zwei oder drei, sondern mindestens fünf bis sieben Jahre dauern. Danach droht eine lange anhaltende Depression. Es handelt sich diesmal um eine Großkrise mit wirklich globalem Charakter, um eine Weltwirtschaftskrise im wahrsten Sinne dieses Wortes, höchstwahrscheinlich um die „größte Wirtschaftskrise in der 300jährigen Geschichte des Kapitalismus“.<sup>8</sup> Sie wird die ganze Welt erfassen. In den Metropolen des Kapitalismus geht die Angst vor einem Zusammenbruch des nationalen Finanzsystems und einer Hyperinflation um. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass in den Entwicklungsländern sich die Ernährungs- und die soziale Krise extrem verschärfen. Besonders hart wird die Krise Osteuropa treffen. Absehbar ist, dass sich die internationalen Kräfteverhältnisse, insbesondere die internationalen Beziehungen zwischen den USA, der EU, Japan, Russland und China, erheblich verändern werden.

**Zweitens ist es für die marxistische Linke und ihre Strategie in der Krise bedeutsam, ob und inwieweit Staat und Politik Einfluss auf den Verlauf und die Überwindung der Krise nehmen können.**

Für linke Handlungsorientierung in der Krise ist die Beantwortung der Frage nach der Tauglichkeit des vielgestaltigen Krisenmanagements der Regierenden außerordentlich wichtig. Ihre Beantwortung entscheidet maßgeblich darüber, ob es Sinn macht, sich als Linke an einer Politik der „Krisenbewältigung“ von Oben etwa nach dem Motto zu beteiligen: Alles hänge vom „Vertrauen in die Machbarkeit und Durchsetzbarkeit der unvermeidlich tiefgehenden Umbaukonzepte der Linkspartei ab“.<sup>9</sup> Die bisherigen Erfahrungen mit derartigen Großkrisen sprechen dafür, dass auch die Geschichte der neuen Krise letztlich eine Geschichte des Versagens von Staat und Staatspolitik sein wird. Bemühungen von Regierungslinken, in den Ärztekommisionen zur Zählung des Kapitalismus mitzuwirken, werden erfolglos sein (es sei denn es entwickelt sich eine einflussreiche Volksbewegung für grundlegende soziale und politische Reformen). In der Krise 1873 ff. gab es noch keine Konjunkturpolitik. 1929 ff. haben insbesondere die USA im Rahmen der Politik des New Deal mit immensen staatlichen Förderungsprogrammen versucht, der Krise Herr zu werden. Nach überwiegender Meinung, z. B.

<sup>6</sup> Vgl. die Angaben zum Fall der Profiträte in der Materialsammlung auf S. ...

<sup>7</sup> E. Mandel, nichts gegen junge Bankangestellte – die Langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung, Referat, [www.nadir.org/archiv/PolitischeStroemungen](http://www.nadir.org/archiv/PolitischeStroemungen) node4.html.

<sup>8</sup> W. Wolf, Finanzkrise als Krise der EU, junge Welt vom 17. 10. 2008.

<sup>9</sup> H. Arenz, Verstaatlichung oder Vergesellschaftung, junge Welt vom 9. 2. 2009.

auch von John Kenneth Galbraith, war es allerdings nicht die Politik des New Deal, sondern der 2. Weltkrieg, der der zweiten Großen Depression ein Ende setzte.<sup>10</sup>

Es gehört offenbar zum Wesen von Krisen, auch von großen Weltwirtschaftskrisen, dass sie letztlich nur durch den Fortgang der Krise gelöst werden. „Ist erstmal die Krise entfesselt“, so formulierte es Romain Rolland, „steht es in niemandes Macht, sie zu meistern. Es ist eine krampfartige Erschütterung der Natur. Sie hört erst auf, wenn sie sich erschöpft hat.“<sup>11</sup>

Natürlich haben in der Bundesrepublik die staatlichen Maßnahmen gegen die Krise – die finanzielle Stützung der Banken, zwei Konjunkturpakete, die Neuregelung des Kurzarbeitergeldes und die „Abwrackprämie“ beim Neukauf von Autos - den Verlauf der Krise erheblich beeinflusst. Massenhafte Bankenzusammenbrüche wurden abgewendet. Die Arbeitslosenzahlen hätten sonst deutlich höher gelegen; der Rückgang der Autoproduktion wäre viel drastischer ausgefallen; die Regierung Merkel/Steinmeier hätte es bereits vor den Bundestagswahlen mit einer schweren Vertrauenskrise und einer ernsthaften Legitimationskrise von Kapitalismus und Kapitalherrschaft zu tun gehabt.

Allerdings darf die Beeinflussung des Krisenverlaufs nicht mit der Fähigkeit zur Behebung der Krise verwechselt werden. Über die nächsten Jahre hinweg wird sicherlich der Satz von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Kommunistischen Manifest wieder sehr häufig zitiert werden: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? ... Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“<sup>12</sup>

Am Abend der Landtagswahlen im Saarland, in Thüringen und in Sachsen hat Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU, am 30. August 2009 im Fernsehen verkündet: „Angela Merkel hat mit ihrer klugen Politik Deutschland aus der Krise herausgeführt.“ Dies steht in einem engen Zusammenhang zu der vom statistischen Bundesamt gemeldeten Steigerung des Bruttoinlandprodukts im 2. Quartal in Deutschland von 0,3 Prozent (nach einem Minus im ersten Quartal um 3,8 Prozent). Aber 0,3 Prozent bedeuten keine Erholung der Konjunktur. Im Vergleich zum 2. Quartal 2008 war dies ein Rückgang des BIP um rund 7 Prozent.

Vor allem aber ist nicht zu übersehen, dass die Krisenursachen weiterwirken und die Krisenpotenziale in keiner Weise verschwunden sind. Im Vergleich zur Situation des Jahres 1929 sind die Daten weitaus dramatischer. Die weltweiten Überkapazitäten in der Autoindustrie, im Maschinenbau, im Containerhandel usw. sind dramatisch, dauern fort und wachsen z. T. sogar wieder an. Aus den riesigen Finanzblasen ist in keiner Weise etwa die Luft raus. Der Profit auf Pump geht weiter; eine neue „Party“ der Börsenspekulation hat bereits begonnen. An dem Zustand des Jahres 2007, da die weltweite Realwirtschaft ein Volumen von 35,3 Billionen € hatte, die Kreditderivate das 17-fache (610,8 Billionen) und das Weltfinanzvolumen das 65-fache (2307,6 Billionen) ausmachten,<sup>13</sup> hat sich nichts Grundlegendes geändert. Die Finanzblase der weltweiten Staatsverschuldung ist sogar erheblich größer geworden. Die gegenwärtigen gegenseitigen Forderungen sind zu rund 85 Prozent nicht materiell untersetzt. Sie stehen lediglich auf dem Papier. Das Weltwirtschaftssystem ist weiterhin außerordentlich labil. Über kurz oder lang wird es zu neuen Börsencrashes, Bankenpleiten und zu neuen akuten Krisen nationalstaatlicher Finanzsysteme kommen.

<sup>10</sup> „Krieg, nicht etwa ökonomische Weisheit beendete die Depression“. J. K. Galbraith, Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 91

<sup>11</sup> R. Rolland, Vor des Jahrhunderts Schwelle, Berlin 1965, S. 371

<sup>12</sup> K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Band 4, Berlin 1977, S. 468.

<sup>13</sup> Vgl. DGB, Umdenken Gedenken, Der DGB-Kapitalismuskongress, Mai 2009, S. 2.

Die wirtschaftliche Lage der USA, des größten und mächtigsten kapitalistischen Hauptlandes, ist weitaus schlechter als zu Beginn der zweiten Großen Depression. 1929 hatte die USA einen Handelsüberschuss, jetzt liegen die USA mit 700 Milliarden pro Jahr im Minus. Damals hatte sie einen ausgeglichenen Haushalt, heute liegt die Staatsverschuldung bei 13 Billionen Dollar. 1929 gab es im ersten Jahr der Krise einen Rückgang der Wirtschaft um rund fünf Prozent, diesmal um 12 Prozent.

**Drittens wird es im Verlauf der neuen Weltwirtschaftskrise zu einer deutlichen strukturellen Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit kommen.**

In den kapitalistischen Industriestaaten, den Schwellenländern, den Entwicklungsländern – überall werden Massenarbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Massenarmut zunehmen. Weltweit wird sich der Antagonismus zwischen den transnationalen Konzernen und dem Weltproletariat erheblich verschärfen.

Das Bemühen der Regierenden in der Bundesrepublik um sozialen Ausgleich im Superwahljahr 2009 (unter anderem mit einer veränderten Kurzarbeiterregelung) war nur eine Atempause im Übergang zu einer Politik der rigorosen Abwälzung der Folgen der Krise auf die abhängig Arbeitenden. Bereits im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise hat es in der Bundesrepublik und in vielen anderen kapitalistischen Industriestaaten in einem historisch sehr kurzen Zeitraum (von zehn bis fünfzehn Jahren) eine deutliche soziale Polarisierung gegeben, die sich weiter ausprägen wird.

Der Wert der Ware Arbeitskraft befindet sich seit längerer Zeit im Sinkflug und die Reallöhne der abhängig Arbeitenden sind seit dem Jahre 2000 in der BRD um etwa neun Prozent gefallen. Mit immer weniger Menschen wird immer mehr produziert. Etwa eine Million Stellen im öffentlichen Dienst wurden abgebaut. Armut wurde zur Massenarmut, in einigen ostdeutschen Bundesländern in Richtung von 25 Prozent der Erwerbspersonen. Prekäre Arbeitsverhältnisse (mit Niedriglöhnen, befristete Arbeit, Teilzeit- und Leiharbeit, Mini-, Midi- und Ein-Euro-Jobs) sind für fast 50 Prozent der abhängig Arbeitenden mittlerweile das Normalarbeitsverhältnis (vorher für etwa 30 Prozent). Der Niedriglohnsektor bzw. die „Lazarusschicht der Arbeiterklasse“<sup>14</sup> ist deutlich angewachsen. Die soziale Gruppe der Ausgegrenzten hat sich im Zuge der Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit und Hartz IV erweitert und zum Teil konsolidiert, auch dadurch, dass sie einem System besonderer staatlicher Drangsalierung unterworfen ist.

Alle diese Tendenzen werden sich in der Krise verstärken. Die kapitalistische Klassengesellschaft insgesamt wird sich in Richtung eines verschärften Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit verändern. Vorauszusehen ist der Ruin ganzer Wirtschaftszweige, vieler Großbetriebe, anderer Großunternehmen und vieler kleinerer und mittlerer Unternehmen. Die Industriearbeiterklasse wird weiter schrumpfen; auch die Zahl der Lohnarbeiter im Handel wird abnehmen. Die Klassenkämpfe werden so auch im bedeutenden Maße Abwehrkämpfe gegen Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau sein. Anwachsen wird der arbeitslose Teil der abhängig arbeitenden Klasse, möglicherweise auf acht Millionen. Zunehmend werden bereits die lohnabhängigen Mittelschichten und die gewerbliche Mittelschicht von der Krise erfasst. Weitere drastische Lohnkürzungen sind zu erwarten. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals wird in dramatischer Weise weiter gehen.

---

<sup>14</sup> K. Marx, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1975, S. 673.

**Viertens zeichnet sich in Deutschland eine verstärkte Politisierung in der Krise ab, allerdings gekennzeichnet durch eine politische Ohnmacht der arbeitenden Klasse, vielfältige Illusionen und recht unklare kapitalismuskritische Stimmungen.**

Wichtige Momente einer verstärkten Politisierung sind die Zunahme von kollektiven Erfahrungen mit den sozialen Grausamkeiten des Kapitalismus und der Staatspolitik, das Anwachsen sozialer Angst, von politischer Unzufriedenheit und Erbitterung bei einem sehr niedrigen Niveau von Klassenbewusstsein und Klassenorganisiertheit. Hinzu kommen erhebliche Differenzen zwischen Proteststimmungen und Protestverhalten, eine verbreitete allgemeine Parteienverdrossenheit, die auch kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Parteien Sorge bereiten muss.

Diese Art und Weise der Politisierung unterscheidet sich deutlich von der Politisierung in den bisherigen Großkrisen des Kapitalismus in Deutschland. Für die Gründerkrise 1873 ff. und in deren Gefolge war zumindest in Deutschland eine deutliche Politisierung der Arbeiterklasse in der Weise typisch, dass es nahezu kontinuierlich zu „einer immer stärkeren Mobilisierung ... für die Sozialdemokratie“ kam.<sup>15</sup> In den Jahren 1929 ff. gab es eine Politisierung der Arbeiterklasse unter den Bedingungen eines hohen Niveaus von Klassenbewusstsein und Klassenorganisiertheit. Insgesamt aber war die Politisierung sehr zwiespältig. Es gab sie nicht nur als Fortschritt hinsichtlich des Begreifens der gesellschaftlichen Zusammenhänge im Kapitalismus, der Befürwortung einer sozialistischen Gesellschaftsalternative und als wachsende Zustimmung für die Arbeiterparteien, insbesondere für die KPD. Es gab sie auch als zunehmende Hinwendung der Mittelschichten und von größeren Teilen der Arbeiterklasse zur nazifaschistischen Pogrombewegung gegen Gleichheit und Menschlichkeit. Die herrschende Klasse schuf sich eine reaktionäre Massenbasis als Gegengewicht gegen die erstarkende ideologische und politisch-organisatorische Gegenmacht der Arbeiterklasse. Gegen eine derartige Entwicklung hätte nur das machtvolle und geschlossene Auftreten der Arbeiterklasse helfen können, „so dass diejenigen Teile der abhängig Arbeitenden, die in ihrer Verzweiflung dazu neigen, zu den Faschisten überzugehen, politisch an die Arbeiterklasse gebunden werden“.<sup>16</sup>

Deutlich wurde dann 1933, dass die Arbeiterklasse auch bei gewonnener Kampfkraft und erstarkender Gegenmacht eine schwere Niederlage erleiden kann, wenn ihre Parteien und Organisationen nicht auf der Höhe der Aufgaben handeln bzw. ihre politische Kraft überschätzen und das Machtpotenzial der herrschenden Klasse unterschätzen. Die SPD-Führung betrieb eine Politik des „kleineren Übels“, verstand sich als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus und wurde so zum Partner der herrschenden Klasse, die sich ihrer entledigte, als sie sie nicht mehr brauchte. Die KPD verfolgte mit ihrer Forderung nach einem Sowjetdeutschland eine letztlich untaugliche und die Niederlage befördernde Politik, deren Fehler im Kern darin bestand, den Kampf gegen die politische Macht des Kapitals unmittelbar mit dem Kampf um die Diktatur des Proletariats verbinden zu wollen.<sup>17</sup>

Die Linke muss in einer derartigen Großkrise ihre Kraft darauf konzentrieren, der herrschenden Klasse einen reaktionären Ausweg aus der Krise zu versperren. Sie muss den Regierenden das Heft des politischen Handelns entreißen, wie es in Frankreich ab Mitte 1934 bis Ende 1936 im Rahmen der Volksfront in wesentlichen Punkten gelungen ist. Kern einer solchen Strategie war die Massenmobilisierung gegen die Politik des Kapitals. Die Arbeiterklasse konnte damals in Frankreich nicht nur erfolgreich den Kampf um die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern abwehren, sondern sogar in der Krise erhebliche Verbesserungen wie Lohnerhöhungen,

<sup>15</sup> J. Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Studien 4, Köln 1982, S. 200.

<sup>16</sup> W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976, S. 121.

<sup>17</sup> Autorenkollektiv, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Berlin 1966, S. 282.

Mindestlöhne, die 40-Stunden-Woche und die Rücknahme von Renten und Sozialhilfekürzungen erreichen.<sup>18</sup>

Ein großer Teil der abhängig Arbeitenden ist beunruhigt über die sich abzeichnenden negativen sozialen Folgen der neuen Großkrise. Aber diese sich in der Tendenz langsam verstärkende, aber dennoch recht unklare Grundstimmung geht einher mit vielen Illusionen über die gesellschaftlichen Verhältnisse und hinsichtlich der Fähigkeit des Staates und der Regierenden, mit der Krise fertig zu werden. Eine durchgreifende Politisierung ist bisher noch gar nicht in Gang gekommen. Sehr verbreitet ist die Vorstellung von zwei Existenzformen des Kapitalismus: einem Brutalokapitalismus und einem sozialen Kapitalismus. Klassenbewusstsein und insbesondere Klassenkampfbewusstsein sind weitgehend verschüttet. Überdies gibt es viel politische Apathie und Resignation, gerade unter den Prekarisierten. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit ist bereits in dem Jahrzehnt vor der Krise zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 2009 gab es weitere 30.000 Austritte aus den DGB-Gewerkschaften. Nur eine Minderheit der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten ist zu Protestaktionen bereit.

Auch aus dieser Sicht ist es die wichtigste Aufgabe der antikapitalistischen Linken, in der Krise den Kampf um die politisch-ideologische Hegemonie in der Gesellschaft aufzunehmen und langfristig eine Veränderung der Klassenmachtverhältnisse zu erreichen.

**Fünftens hat die marxistische Linke zu beachten, dass die Regierenden selber die Systemfrage stellen und auf diese Weise versuchen, Gegenwehr zu schwächen, Gegenkräfte zu integrieren und so die Entwicklung von Gegenmacht zu verhindern.**

Die Regierenden knüpfen an die in der Bevölkerung verbreiteten Unklarheiten über das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise und über den Charakter der Staatspolitik an. Sie nutzen und fördern die im Alltagsdenken verbreiteten Vorstellungen eben von zwei Existenzweisen des Kapitalismus: dem derzeitigen Krisen- oder Brutalokapitalismus und einem möglichen sozialen Kapitalismus ohne Krisen. Sie machen für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nicht Fehler des Systems, sondern Fehler im System verantwortlich, insbesondere eine ungezügelter Gier der Banker und Spekulationsexzesse, hervorgerufen durch eine Deregulierung der Finanzmärkte. Darüber, dass die Regierenden diese Deregulierung selbst vorgenommen und so die Krise erheblich verschärft haben, sprechen sie in aller Regel nicht.

Teile der SPD, der Gewerkschaften und auch der Partei DIE LINKE – verorten, nicht zu Unrecht (hier gibt es eine Übereinstimmung zwischen Karl Marx und John Maynard Keynes), auch im Rückgang der Massenkaufkraft eine Ursache der Krise. Aber, und da liegen die Illusionen, mittels einer aktiven Konjunkturpolitik zur Stärkung der Massenkaufkraft, Lohnerhöhungen und einer „Rückkehr“ zu einem aktiven Sozialstaat bzw. den Übergang zu einer „solidarischen Gesellschaft“ (von den einen als „Überwindung des Kapitalismus“ und von anderen als von Strukturfehlern bereinigter Kapitalismus verstanden) „die Systemfehler“ beheben und so ein schnelles Ende der Weltwirtschaftskrise erreichen zu wollen, ist eine Illusion. Nicht zu übersehen ist, dass der „linke“ Flügel der Bourgeoisie bemüht ist, sich an die Spitze derjenigen zu stellen, die einen sozial und ökologisch gewandelten Kapitalismus verlangen, um auf diese Weise einen solchen Wandel wirksam zu verhindern. Erfolgreiches Krisenmanagement erscheint als bloße Willensfrage der Regierenden. Negiert werden die im normalen Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise wurzelnden Krisenursachen wie auch der Charakter des kapitalistischen Staates, der solange im vollen Maße als Instrument der Kapitalistenklasse funktioniert, wie die Klassenmachtverhältnisse es erlauben.

<sup>18</sup> Vgl. Autorenkollektiv, Das politische System Frankreichs, Berlin 1989, S. 96 ff.

Die Verheißung eines sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus ist im Rahmen eines allgemeinen politischen Verwirrspiels überaus erfolgreich. Sie dominiert mittlerweile die politische Rhetorik der Regierenden, die auf diese Weise auch eine Brücke zur kapitalismuskritischen Linken schlagen. Es befördert die parlamentarische Fixiertheit vieler Linker und deren Interpretation der „Krise als Chance“, also deren Illusionen, in „Regierungsverantwortung“ in der Krise eine politische Gestaltung zu Gunsten einer „Stärkung des Sozialstaates“ betreiben zu können. Damit wird negiert, dass angesichts der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus zwar zweifelsohne die „Wahnideen des Neoliberalismus“ als Ideologie „im Eimer“ sind,<sup>19</sup> aber nicht der Neoliberalismus als Politik. Im Gegenteil, die Regierenden werden versuchen, mit dem Fortschreiten der Weltwirtschaftskrise ihre neoliberale Politik der sozialen Grausamkeiten und der Privatisierung aller gesellschaftlichen Bereiche verstärkt fortzusetzen. All das ist für die Mehrheit der abhängig Arbeitenden nur schwer durchschaubar und bringt für marxistische Aufklärung, aber auch für eine Strategie der Massenmobilisierung komplizierte Probleme mit sich. Marxisten sind in dieser Situation gut beraten, keine Konzessionen an die vorhandenen Illusionen zu machen. Sie müssen in verständlicher Form Klartext reden.

**Sechstens gab es im Vorfeld der Krise in Deutschland einen Aufschwung der organisierten kapitalismuskritischen Linken als Partei. Der Stagnation der Partei DIE LINKE im Jahr nach Ausbruch der Krise folgte am Ende dieses Jahres dann ihr größter Erfolg bei der Bundestagswahl.**

Die Erfolgsstory der Partei DIE LINKE hatte zunächst zum gleichen Zeitpunkt, da die Krise im September 2008 offen zum Ausbruch kam, eine Unterbrechung erfahren. Wenn man den Meinungsforschungsinstituten trauen kann, ist ihr Wähleranhang zu Beginn der Krise bis Juni 2009 von rund 14 Prozent auf etwa 10 Prozent zurückgegangen, also um fast 30 Prozent. Dabei sollen die von der PDL Enttäuschten vorwiegend ins Lager der Nichtwähler abgewandert sein. Das enttäuschende Abschneiden der PDL mit 7,5 Prozent bei den Europawahlen am 7. Juni 2009 bestätigte diesen Trend. Das ausgezeichnete Abschneiden der PARTEI DIE LINKE zur Bundestagswahl am 27. September machte dann deutlich, dass sie durchaus in der Krise Erfolge erzielen kann. Sie erhielt 11,9 Prozent der Wählerstimmen und gewann gegenüber der Bundestagswahl 2005 über eine Million Stimmen mehr (darunter 960.000 von der SPD und 280.000 aus dem Lager der Nichtwähler). Eine klare inhaltliche Positionierung im Wahlkampf gegen Sozialabbau, für soziale Reformen und für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. 18 Prozent der Arbeiter und die relative Mehrheit der Arbeitslosen (25 Prozent) gaben der PDL ihre Stimme.

Dies ist um so höher einzuschätzen, als die PDL in den Medien hart attackiert bzw. rigoros ausgegrenzt wurde. Die zwei großen Parteien CDU/CSU und SPD in der BRD hatten nach anfänglicher politischer Unsicherheit zu Beginn der Weltwirtschaftskrise sehr schnell Tritt gefasst. Sie setzten sich wirkungsvoll als Krisenmanager in Szene. Wirkung hatte im Bundestagswahlkampf auch die Propaganda, die Krise sei eigentlich schon vorbei. Vor allem die SPD hatte ihre Kapitalismuskritik aktiviert und gab sich als Verfechter von sozialen Verbesserungen (Mindestlohn, Reichensteuer, Erhöhung der Massenkaufkraft) aus, die bisher allein Thema der PDL waren.

Die PDL ist allerdings nur bedingt und partiell Teil einer sich gegen die Kapitalherrschaft entwickelnden Gegenmacht in der Bundesrepublik Deutschland. Die Rolle eines organisierenden Zentrums bzw. einer politischen Führungskraft, die die abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten in der Krise benötigen, um einen erfolgreichen Kampf für ihre Interessen zu

<sup>19</sup> J. Ziegler, Tribunal für Spekulanten, Interview vom 21. Oktober 2008, [www.fr-online.de](http://www.fr-online.de)

führen, wird sie nicht übernehmen können. Hauptgrund dafür ist: In ihr gibt es, besonders in Ostdeutschland, einflussreiche Führungskräfte, die bereits eng mit den anderen Parteien des Kapitals zusammenarbeiten und entschlossen sind, mittels Regierungsbeteiligung in den Ländern, gegebenenfalls auch im Bund, in der Krise diese Zusammenarbeit auszubauen. Eine Wiederholung der Politik des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus bzw. des „kleineren Übels“, wie von der SPD am Ende der Weimarer Republik betrieben, ist wahrscheinlich.

In der PDL gibt es weiterhin eine Mittelgruppe, z. T. mit Wurzeln in den Gewerkschaften, die durchaus „den Sozialstaat“ in der Krise mittels Massenaktionen der abhängig Arbeitenden verteidigen will, dabei aber auch auf eine Lösung „von Oben“, auf ein Bündnis mit dem „linken Flügel“ der Bourgeoisie setzt. Freundlich interpretiert, hat sie die Illusion, das Krisenmanagement der herrschenden Klasse sozial beeinflussen zu können. Ihre Losungen sind die einer solidarischen Gesellschaft bzw. eines Ausbaus des Sozialstaates im Verlauf der Krise. Anliegen der antikapitalistischen Linken muss es sein, diese Gruppe „aus dem Schlepptau der Bourgeoisie“ zu lösen und für eine Politik des Aufbaus von Gegenmacht zu gewinnen. Dabei fällt jenen Kräften in der PDL eine besondere Verantwortung zu, die primär mittels außerparlamentarischer Gegenwehr und Massenmobilisierung linke Inhalte in der Staatspolitik durchzusetzen suchen und so auch verhindern wollen, dass die Krisenlasten auf die abhängig Arbeitenden abgewälzt werden.

Im Unterschied zu den Jahren nach 1929 existiert heute in Deutschland keine marxistische Partei mit Masseneinfluss. Der politische Einfluss der DKP ist bescheiden. Hoffnungen, ihre Wählerbasis in der Krise ausbauen zu können, haben sich bei den Europawahlen als falsch erwiesen. Es fehlt ein Kristallisationskern für die Entwicklung von Klassenbewusstsein und Klassenhandeln, ein anerkanntes politisches Zentrum der Massenmobilisierung. Die Fähigkeit der arbeitenden Klasse, auf den Verlauf der Krise Einfluss zu nehmen, wird davon abhängen, ob, inwieweit und wann sich ein solches politisches Zentrum herausbildet, u. U. auch als Zentrum einer Allianz verschiedener antikapitalistischer Kräfte.

**Siebtens haben die marxistisch orientierten Linkskräfte in der Krise neue Möglichkeiten, über gesellschaftliche Zusammenhänge, über die Funktionsweise der kapitalistischen Profitgesellschaft, aufzuklären. Ziel einer solchen Aufklärung muss es sein, im politischen Kampf arbeitende Klasse und Marxismus zu vereinen.**

Klarheit über gesellschaftliche Zusammenhänge im Kapitalismus ist eine wichtige Voraussetzung sowohl für wirkungsvollen Widerstand als auch für eine Einflussnahme auf die Staatspolitik. Nicht nur Menschen, auch Gesellschaftssysteme offenbaren in der Krise ihren wahren Charakter. Im Kapitalismus, so wird derzeit deutlicher denn je, hat das große Kapital das Sagen. Für die Abzocker, die Großbanken und die Konzerne gibt es riesige Rettungspakete. Den Hartz IV-Empfängern aber wird selbst eine Erhöhung des Kindergeldes vom Arbeitslosengeld II abgezogen.

Eine Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise in neuer Qualität zeichnet sich ab. Offensichtlich steckt sie aber derzeit in Deutschland noch in ihren Anfängen. Es gelang der Bundesregierung unter Angela Merkel im Vorfeld der Bundestagswahlen am 27. September 2009 bei einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Eindruck zu erwecken, die Krise sei eigentlich schon vorüber. Mit dem Fortgang der Krise und einer sozial reaktionären Politik nach der Bundestagswahl wird dieser Eindruck schwinden. Die bis zur Wahl zur Schau getragene Selbstgefälligkeit und demonstrative „Volksverbundenheit“ wird nicht aufrecht zu erhalten sein.

Das Ausmaß der mit der dritten Großen Depression verbundenen Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise wird die Chancen marxistischer Aufklärung in der Krise weiter verbessern.

Die Marxisten sind mit einer Situation konfrontiert, da der Kapitalismus sich mittelfristig (möglicherweise auch langfristig) als krachender Kapitalismus entwickeln wird. Ganz offensichtlich funktioniert er ganz anders, als er sich nach der Propaganda und den Glaubenssätzen des Kapitals und seiner Meinungsmacher entwickeln müsste. Damit aber wankt naturgemäß auch die Glaubensstärke vieler Menschen an den Kapitalismus. Hochaktuell ist wieder einmal der Satz des 26jährigen Karl Marx: „Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen“<sup>20</sup>

Die marxistische Kapitalismuskritik und besonders die Krisenanalyse des Marxismus, die die Wirtschaftskrisen aus den allgemein Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise erklärt, verliert ihre Außenseiterposition, auf die sie die bürgerliche Propaganda in den letzten Jahrzehnten zu verweisen vermochte. Sie wird in der gesellschaftlichen Debatte wieder ernst genommen. Die Krise räumt mit solchen Vorstellungen auf, Geld könne Geld schaffen und Staat und Politik seien die bewegenden Kräfte der geschichtlichen Entwicklung. Sie zwingt zum kritischen Nachdenken über die wirtschaftspolitischen Legenden der Herrschenden. Die marxistische Sicht auf die Geschichte vermittelt eine stimmige Erklärung des Charakters der Wirtschaftskrisen als Funktionsweise des Kapitalismus. Die Entwicklungen und Auseinandersetzungen der nächsten Jahre werden deutlich machen, dass Politik im Kapitalismus weder eine autonome Sphäre noch eine Willensfrage ist und niemand stellvertretend für die arbeitende Klasse deren Interessen durchsetzen kann und wird.

Die marxistische Kapitalismuskritik steht zugleich vor neuen Problemen. Sie muss vor allem ihre Aussagen hinsichtlich einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus präzisieren, in einer Zeit, da die große Niederlage des europäischen Sozialismus gerade einmal zwei Jahrzehnte zurückliegt. Gegenüber der unklaren Losung einer solidarischen Gesellschaft muss sie deutlich machen, dass die Gesellschaft erst als gemeinwirtschaftliche sozialistische Gesellschaft ihr Gleichgewicht finden wird.

**Achtens: Die Art und Weise der sozial-ökonomischen und politischen Wandlungen in der dritten Großen Depression werden davon abhängen, inwieweit die arbeitende Klasse als mobilisierte Klasse wieder selber die politische Bühne betritt und die Klassenmachtverhältnisse zu ihren Gunsten verändert.**

Die Weltwirtschaftskrise muss von uns als längere geschichtliche Phase verstanden werden, in der angesichts der neuen Bedrohungen durch das Kapital, des gegebenen politischen Kräfteverhältnisses und der strategischen Erfordernisse die Intensivierung von Gegenwehr und der Kampf um soziale und politische Verbesserungen im Vordergrund stehen, ohne die Perspektive einer neuen Gesellschaft aus dem Auge zu verlieren. Eine Vertretung linker Politik in diesem Sinne in den Parlamenten ist enorm wichtig. Ihre politische Kraft und ihre Erfolgsaussichten werden allerdings von der Kraft der gesellschaftlichen Bewegungen außerhalb des Parlaments abhängen.

Wenn die Klassenmachtverhältnisse in der Bundesrepublik und weltweit sich im Verlauf derartiger Kämpfe nicht grundlegend ändern, wird die dritte große Depression zur Großkatastrophe für die abhängig Arbeitenden und die sozial Ausgegrenzten. Es drohen tiefgreifende Einschnitte beim Wegräumen des Sozialstaates, schlimme autoritäre und terroristische Formen der Herrschaftsausübung und neue große Kriege. Chancen für den

<sup>20</sup> K. Marx, Kritik der Hegelschen Staatstheorie, Einleitung, MEW, Band 1, Berlin ..., S. 386.

erfolgreichen Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt und eine neue Gesellschaft wird es nur dann geben, wenn die abhängig Arbeitenden und die sozial Ausgegrenzten selbst zunehmend die politische Bühne betreten und den im Interesse des Kapitals Regierenden die politische und geistig-kulturelle Hegemonie streitig machen, d. h. wirksame Strukturen von ideologischer, geistig-kultureller, politisch-organisatorischer, vor allem auch gewerkschaftlicher, Gegenmacht erkämpfen.

Die antikapitalistische Linke hat in den bisherigen großen Krisen des Kapitalismus (wozu auch die Zeiten nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg zählen) nur politische Erfolge erzielen können, soweit es ihr gelungen ist, spontanen Widerstand und Bewusstheit des politischen Kampfes so zusammenzuführen, dass einflussreiche gesellschaftliche Bewegung und Gegenmachtstrukturen entstanden. Dazu bedarf es Klarheit darüber, wo die politischen Gegner und wo die potenziellen Bündnispartner zu finden sind. Dazu bedarf es auch marxistischer Aufklärung und der Herausbildung eines führenden politischen Zentrums. Niemand vermag vorauszusagen, ob am Ende der Krise ein neuer sozialstaatlicher und ökologischer Klassenkompromiss oder gar eine neue Gesellschaftsordnung erstritten werden kann. Wie auch immer, Voraussetzung wird in beiden Fällen sein, dass zuvor grundlegend veränderte Klassenmachtverhältnisse erkämpft werden.

Im bedeutenden Maße wird es zunächst darum gehen, dass sich im Abwehrkampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Arbeitenden (also gegen die Fortsetzung der Politik des Neoliberalismus unter Krisenbedingungen) eine einflussreiche Massenbewegung der Betroffenen formiert.

Die Entwicklung einer neuen Qualität von gesellschaftlicher Gegenwehr wird maßgeblich von der Verständigung der kapitalismuskritischen und antikapitalistischen Kräfte auf ein Aktionsprogramm abhängen, das die verschiedenen Gruppen der abhängig Arbeitenden, die Arbeitslosen, kritische Intellektuelle und in ihrer Lebensperspektive bedrohte Jugendliche zusammenführt. Ein derartiges Programm muss die Nöte und Forderungen der von Niedriglöhnen, Sozialabbau, prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitslosigkeit Betroffenen in den Mittelpunkt stellen. Sozialreformistische Kräfte, auch konservative Verteidiger des Sozialstaates, sind keine Gegner, sondern wichtige potenzielle Verbündete im Kampf um die Durchsetzung eines solchen Programms. Sie sind dann zu kritisieren, wenn sie sich als Anhängsel des „linken“ Flügels der herrschenden Klasse verstehen und so auftreten. Ein Aktionsprogramm muss zugleich für die Mehrheit der Bevölkerung verständlich die Eigentumsfrage, die Macht- und die Systemfrage stellen. Es geht so maßgeblich auch um ein Übergangsprogramm in Richtung einer neuen Gesellschaft ohne Diktatur des Finanzkapitals, Profitlogik, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Armut, prekäre Arbeitsverhältnisse und Kriegsführungspolitik. „Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus – nicht dieses grobkörnige Entweder -Oder“,<sup>21</sup> erklärte schon Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD.

---

<sup>21</sup> Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Montag den 30. Dezember, 2. Punkt der Nationalversammlung: Nationalversammlung.